

Zukunft entscheidet sich in den Schulen – Bildungsappell 2.0

Sachsen steht vor einer entscheidenden bildungspolitischen Weichenstellung. Der Doppelhaushalt 2027/2028 fällt in eine Zeit tiefgreifender Veränderungen: Die Schülerzahlen werden in den nächsten Jahren in vielen Regionen zurückgehen, gleichzeitig bleiben der Lehrkräftemangel, der Sanierungsstau, wachsende soziale und psychische Belastungen sowie die zunehmenden Anforderungen an Schulen zentrale Herausforderungen.

Die sinkenden Schülerzahlen dürfen dabei nicht als Anlass verstanden werden, um Bildungsinvestitionen zurückzufahren oder Lehrkräftestellen abzubauen. Im Gegenteil: Der demografische Wandel eröffnet Sachsen eine historische Chance. Weniger Schülerinnen und Schüler können bedeuten, dass mehr Zeit für individuelle Förderung, kleinere Lerngruppen, bessere Arbeitsbedingungen und eine neue Qualität von Schule zur Verfügung steht. Doch darauf zu warten, dass das alles von selbst passiert, ist nicht genug. Sachsen muss jetzt die richtigen Entscheidungen treffen und aktiv die Zukunft organisieren.

Bildung ist keine Ausgabe, ist nicht nur Zahlen im Haushaltsplan. Investitionen in Schulen sind Investitionen in die Zukunft unseres Freistaates – in Chancengerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Fachkräftesicherung, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung.

Der Landeselternrat Sachsen und die Kreiselternräte Sachsens fordern deshalb, den Doppelhaushalt 2027/2028 zu einem Zukunftshaushalt für Bildung zu machen. Notwendig ist nicht nur die Sicherung des Bestehenden, sondern vor allem eine gezielte Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.

Dabei geht es um mehr als zusätzliche Stellen, Geld für Schulgebäude oder die Fortführung bestehender Programme. Sachsen braucht eine gemeinsame Vorstellung davon, wie Schule in Zukunft aussehen soll. Bildungs- und Arbeitswelten ändern sich beständig und werden sich nie wieder so langsam verändern wie heute. Schule muss unsere Kinder und Jugendlichen darauf vorbereiten und die Grundlage für lebenslanges Lernen legen.

Schulen müssen die Möglichkeit und Verpflichtung erhalten, sich weiterzuentwickeln, neue eigene Wege des Lernens zu finden und bereits erprobte Konzepte in die Breite zu tragen. Individuelles, selbstorganisiertes und projektorientiertes Lernen, jahrgangsübergreifende Konzepte, längeres gemeinsames Lernen und eine stärkere Verbindung von Unterricht und Lebenswelt können wichtige Bausteine einer modernen Schule sein.

Schulentwicklung darf dabei kein Privileg einzelner engagierter Schulen bleiben. Gute Ideen müssen systematisch unterstützt, wissenschaftlich begleitet und zwischen Schulen geteilt werden. Dafür braucht es pädagogische Freiräume, regionale Netzwerke, Fortbildungs- und Hospitationsmöglichkeiten sowie eine verlässliche Beteiligung von Schülerinnen und Schülern und Eltern.

Gleichzeitig muss sich Schule stärker als offener Lern- und Lebensort verstehen. Schule endet nicht an der Schultür – sie ist ein zentraler Ort im Dorf, in der Gemeinde und im Stadtteil. Kooperationen mit Sport, Kultur, Jugendhilfe, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können neue Lernmöglichkeiten schaffen und Schule stärker mit dem gesellschaftlichen Umfeld verbinden.

Der Landeselternrat Sachsen und die Kreiselternräte Sachsens stehen für einen Bildungsweg, der jedem Kind die bestmöglichen Chancen eröffnet. Dafür braucht es ausreichend Personal, starke Unterstützungssysteme, moderne Infrastruktur, verlässliche Schulsozialarbeit, individuelle Förderung, digitale Bildung und gute Rahmenbedingungen für Ganztag und Mobilität.

Vor allem aber braucht es den politischen Mut, Schule nicht nur zu verwalten, sondern Zukunft zu gestalten. Der Doppelhaushalt 2027/2028 muss deshalb ein klares Signal setzen: **Sachsen investiert in seine Kinder. Sachsen investiert in seine Schulen. Sachsen investiert in seine Zukunft.** Denn die entscheidende Frage lautet nicht, wie viel Schule sich Sachsen leisten kann. Die entscheidende Frage ist, welche Schule sich Sachsen für die Zukunft leisten will.

1. Lehrkräfte sichern – demografische Chance für bessere Bildung nutzen

Keine Kürzung von Lehrkräftestellen aufgrund sinkender Schülerzahlen. Die demografische Entwicklung soll genutzt werden für weniger Unterrichtsausfall, kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung, ausreichende Vertretungsreserven, Team-Teaching und Zeit für Schulentwicklung.

Darüber hinaus ist die Einführung des Rechts bzw. die Pflicht zur Weiterbildung für jede Lehrkraft von mindestens 5 Tagen im Schuljahr zu prüfen. Die zunehmenden Anforderungen einer immer heterogeneren Schülerschaft machen die Einführung eines verpflichtenden Anteils von Sonder-/Förderpädagogik für alle Lehramtsstudierende notwendig.

2. Multiprofessionelle Teams machen Schule – Unterstützung für Kinder und Lehrkräfte

Schule braucht mehr als Lehrkräfte. Deshalb müssen multiprofessionelle Teams dauerhaft und flächendeckend finanziert werden. Dazu gehören

- Schulsozialarbeit,
- Schulpsychologie,
- pädagogische Fachkräfte,
- Schulassistenzen,
- Integrationshelferinnen und -helfer,
- Inklusionsfachkräfte,
- Praxisberaterinnen und Praxisberater sowie
- Verwaltungsassistenzen.

Damit soll der Lehrerberuf wieder stärker auf seine Kernaufgabe Unterricht konzentriert werden.

3. Schulsozialarbeit für jedes Kind – unabhängig von der Schulart

Jede Schule braucht – unabhängig von der Schulart oder Schulform – mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle. Idealerweise beträgt das Verhältnis 400 Lernende auf 1 Schulsozialarbeiterstelle.

Dafür braucht es den

- schrittweisen Ausbau des Landesprogramms Schulsozialarbeit auf alle Schularten und Schulformen,
- eine bedarfsgerechte Finanzierung von Personal und Sachkosten,
- keine Kürzungen bestehender Angebote,
- eine langfristige Finanzierungssicherheit durch Land und Kommunen sowie
- stabile Beschäftigungsverhältnisse.

4. Moderne Schulen brauchen moderne Infrastruktur

Schulgebäude sind keine reine kommunale Pflichtaufgabe, sondern Teil der Bildungsqualität. Der Freistaat muss die Schulträger dabei unterstützen den nach wie vor bestehenden Sanierungsstau aufzulösen. Hierfür ist eine mittelfristige Finanzierungsunterstützung analog der Haushaltsjahre vor 2025/26 notwendig.

Wir fordern:

- eine langfristige Investitionsstrategie für Schulbau und Sanierung über den Sachsenfonds hinaus bis zum Abbau des Sanierungsstaus in den Kommunen
- moderne Lern- und Differenzierungsräume,
- gute Sport- und Bewegungsflächen,
- eine leistungsfähige digitale Infrastruktur,

- Erhalt wohnortnaher Schulstandorte,
- langfristige Perspektiven für alle Schulstandorte über 2032 hinaus.

5. Schulentwicklung – Schule neu denken

Sinkende Schülerzahlen dürfen nicht dazu führen, dass Schule kleiner wird – sie können aber dazu beitragen, dass Schule besser wird. Es geht daher nicht nur darum, das bestehende Schulsystem besser auszustatten. Die demografische Entwicklung eröffnet die Möglichkeit, Schule grundsätzlich weiterzuentwickeln.

Wir fordern dafür ein Landesprogramm „Schulentwicklung Sachsen 2035“. Gefördert werden sollen innovative Unterrichtskonzepte, Digitalisierung, Hospitationen, Evaluation und der Transfer guter Praxis.

Das bedeutet

- mehr pädagogische Freiräume für Schulen,
- neue Formen des Lernens (weiter) ermöglichen,
- individuelles und selbstorganisiertes Lernen stärken und konzeptionell an allen Schulen verankern,
- jahrgangsübergreifendes und projektorientiertes Lernen ermöglichen,
- erfolgreiche Konzepte aus innovativen Schulen in die Fläche bringen,
- regionale Netzwerke für Schulentwicklung aufbauen,
- Schulen bei Evaluation und Veränderungsprozessen begleiten

Schule muss sich stärker als offener Lern- und Lebensort verstehen und mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld verbinden. Wir fordern daher ausdrücklich, Eltern und Lernende in Schulprogramme, Ganztagskonzepte, Digitalisierung, Schulbau und Inklusionskonzepte frühzeitig und ernsthaft mit einzubeziehen.

6. Bildungsgerechtigkeit und individuelle Förderung

Jedes Kind soll unabhängig von Herkunft, sozialem Umfeld oder individuellem Unterstützungsbedarf gute Bildungschancen erhalten.

Hierfür braucht es den Ausbau individueller Förderung, die Stärkung inklusiver Strukturen, sowie zusätzliche sonderpädagogische Ressourcen, den Ausbau der Sprachförderung/DaZ und eine besondere Unterstützung sozial belasteter Schulen. Hierfür brauchen wir ausreichende Assistenzleistungen, eine verlässliche Ferien- und Nachmittagsbetreuung und die Sicherung der Schülerbeförderung für Kinder mit Förderbedarf.

7. Schule als Lebensort – Ganztag, Digitalisierung, Mobilität und Teilhabe

Ganztag

- verlässliche und auskömmliche Finanzierung von Ganztagsangeboten,
- individuelle Förderung,
- Sprachbildung,
- Demokratiebildung,
- Berufsorientierung,
- kulturelle Bildung.

Digitalisierung

- dauerhafte Finanzierung von Wartung und Ersatzbeschaffung,
- zentrale IT-Administration,
- Ausbau digitaler Lernangebote,
- datenschutzkonforme Systeme,
- nachhaltige Finanzierung durch Land und Kommunen.

Mobilität

- auskömmliche Finanzierung des Schülerverkehrs,
- Erhalt des Bildungstickets auf aktuellem Preisniveau und Nutzungsmöglichkeit im ganzen Freistaat,
- keine Kürzungen bei Liniennetz und Taktung,
- Finanzierung von Fahrdiensten und Ferienbeförderung auch für Kinder mit Förderbedarf

Schulbudgets

- höhere Eigenbudgets für Schulen,
- sichere Finanzierung von Lehr- und Lernmitteln,
- Demokratie- und Präventionsarbeit,
- Medienbildung und Mobbingprävention
- Vereinfachung von Förder- und Antragsverfahren
- einheitliche Mindeststandards bei der Ausstattung

8. Länger gemeinsam Lernen und Erhalt der Schulvielfalt

Kinder und Jugendliche lernen unterschiedlich und brauchen unterschiedliche Wege, um ihre Potenziale zu entfalten. Ein zukunftsfähiges Bildungssystem muss deshalb unterschiedliche pädagogische Konzepte ermöglichen und gleichzeitig mehr Raum für längeres gemeinsames Lernen schaffen. Gemeinschaftsschulen und Oberschule+ bieten hierfür wichtige Möglichkeiten und haben eine starke Nachfrage: Sie können individuelle Lernwege stärken, Übergänge erleichtern und dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau von Gemeinschaftsschulen und Oberschule+ in ganz Sachsen und eine verlässliche langfristige Entwicklungsstrategie für diese Schulformen.

Gleichzeitig muss die Vielfalt der sächsischen Schullandschaft erhalten bleiben. Dazu gehören staatliche Schulen ebenso wie Schulen in freier Trägerschaft. Entscheidend ist, dass Eltern und Schülerinnen und Schüler echte Wahlmöglichkeiten haben und unterschiedliche pädagogische

Konzepte dort entstehen und bestehen können, wo sie gebraucht und nachgefragt werden.

Kurz gesagt:

Bereits im gemeinsamen Bildungsappell des Jahres 2025 haben der Landeselternrat Sachsen und die Kreiselternräte Sachsens deutlich gemacht: *„Investitionen in Bildung und Schule [sind] keine Belastung und kein Luxus, sondern die existentielle Voraussetzung für Wohlstand und Fortschritt.“*

Die damaligen Warnungen haben weiter an Aktualität gewonnen. Lehrkräftemangel, Sanierungsstau, überlastete Schulen, fehlende Schulsozialarbeit und zunehmende soziale Herausforderungen gefährden inzwischen die Bildungsqualität in vielen Regionen Sachsens spürbar.

Sachsen darf den demografischen Wandel nicht als Sparprogramm für Schulen begreifen, sondern muss ihn als Chance für eine Qualitätsoffensive nutzen: für mehr Personal, kleinere Klassen, multiprofessionelle Teams, moderne Lernorte, individuelle Förderung und eine neue Kultur der Schulentwicklung.

Die kommenden Haushaltsentscheidungen werden weit über zwei Haushaltsjahre hinauswirken. Die Eltern in Sachsen erwarten deshalb ein klares politisches Signal: Keine Kürzungen bei den Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen. Stattdessen braucht es ein Jahrzehnt gezielter Investitionen in Bildung, moderne Schulen und echte Chancengleichheit. Bildung entscheidet nicht nur über individuelle Lebenswege, sondern über Innovationskraft, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Freistaates.

Oder wie es bereits im Bildungsappell 2025 formuliert wurde:
„Nutzen wir den kommenden Doppelhaushalt als Chance, Sachsen zu einem Vorreiter in Bildung und Chancengleichheit zu machen!“